

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE

Schleswig-Holsteinischer
Gemeindetag

Schleswig-Holsteinischer
Landkreistag

Städteverband
Schleswig-Holstein
Städtebund
Schleswig-Holstein
Städtetag
Schleswig-Holstein

(federführend 2007)

Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag • Reventlouallee 6 • 24105 Kiel

24105 Kiel, 25.10.2007

Ministerium für Bildung und Frauen
des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Dr. Wolfgang Meyer-Hesemann
Brunswiker Straße 16-22
24105 Kiel

Reventlouallee 6/ II. Stock
Haus der kommunalen Selbstverwaltung
Telefon: (04 31) 57 00 50 - 50
Telefax: (04 31) 57 00 50 - 54
E-Mail: arge@shgt.de
Internet: www.shgt.de

Nachrichtlich

Ministerium für Finanzen des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Staatssekretär Dr. Arne Wulff
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

Unser Zeichen: Oo/Pf
(bei Antwort bitte angeben)

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Staatssekretär Ulrich Lorenz
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Umsetzung der Initiative des Bundes zum Ausbau des Betreuungsangebotes für unter dreijährige Kinder

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Meyer-Hesemann,

für Ihr Angebot, in einem Gespräch am 09. November 2007 die Modalitäten für die Umsetzung der Bund/Länder-Vereinbarung zum Ausbau des Betreuungsangebotes für unter dreijährige Kinder zu erörtern, möchten wir uns herzlich bedanken. Dieser Gesprächstermin ist umso wichtiger, als derzeit ein großer Druck vor Ort aufgebaut wird, die Ergebnisse des „Kindergipfels“ zeitnah umzusetzen. Mit dem Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern stehen die Bundesmittelmittel nunmehr ab dem 1.1.2008 zum Abruf bereit.

Ziel muss es nun sein, schnell dafür zu sorgen, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, zielgerichtet die vereinbarten staatlichen Mittel zum Ausbau von Krippen und Kindertagespflegeplätzen einzusetzen und hierfür ein nachhaltiges und geordnetes Verfahren zu finden.

Deshalb wird es erforderlich sein, dass der Aufbau des Angebotes unter strikter Beachtung der Bedarfsgerechtigkeit erfolgt. Diesem Prinzip würden z. B. landesweit festgesetzte Versorgungsquoten zuwiderlaufen. Dabei wird es erforderlich sein, dass lan-

Gemeindetag
Tel.: 0431/570050-50
Fax: 0431/570050-54
eMail: info@shgt.de
Website: www.shgt.de

Landkreistag
Tel.: 0431/570050-10
Fax: 0431/570050-20
eMail: info@sh-landkreistag.de
Website: www.sh-landkreistag.de

Städteverband
Tel.: 0431/570050-30
Fax: 0431/570050-35
eMail: info@staedteverband-sh.de
Website: www.staedteverband-sh.de

desweiteren Berechnungen eines realistischen Volumens für die Investitions- und Betriebskosten erstellt werden. Die Annahmen des Bundes sind hierbei wenig hilfreich.

Angesichts des Zeitdruckes, bereits im Jahre 2008 Investitionen durchführen zu müssen, muss kurzfristig ein handhabbares transparentes und gerechtes Verfahren zur Durchleitung der Bundesmittel an die Investitionsträger vorliegen. Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass die erforderlichen Landesmittel, die mindestens die gleiche Höhe wie die Bundesmittel haben müssen, im gleichen Zuge und im gleichen Verfahren fließen können. Zur Frage, mit welchen Mitteln das Land seinen Anteil (gem. bundesweiter Einigung mindestens 1/3) erbringt und wie die Kommunen bei der Finanzierung der verbleibenden Kosten unterstützt werden sollen, erwarten wir klare Aussagen.

Mit Enttäuschung haben wir die Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Lars Harms (SSW) vom 12.10.2007 (LT-Drs. 16/1616) zur Kenntnis genommen, die unsere Sorge verstärkt, dass das Land nicht seine mit der bundesweiten Vereinbarung übernommenen finanziellen Verpflichtungen zum Ausbau des Betreuungsangebotes einlösen wird. Die sehr allgemeine Aussage zu Frage 4, dass auch das Land die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen wird im Kontext mit der Aussage in der Antwort zu Frage 3, dass entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag vorgesehen ist, bis zum Ablauf der Legislaturperiode jährlich einen Landeszuschuss i.H.v. 60 Mio. € zu gewähren, gibt weder eine Perspektive für die landesanteilige Investitionskostenförderung noch für die durch den Ausbau steigenden laufenden Kosten.

Um am 09.11.2007 über diese fundamentalen Fragen auch im Detail sprechen zu können, bitten wir dringend darum, zeitig vor dem Gesprächstermin die Vorstellungen des Landes vorgelegt zu bekommen.

Angesichts der Erwartungshaltung von Eltern und Politik muss die Umsetzung der Maßnahmen zeitnah erfolgen. Kommunen und Einrichtungsträger benötigen Planungssicherheit.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Bülow
Landesgeschäftsführer